

POSTULAT von Kathy Steiner (Grüne, Zürich) und Christa Stünzi (GLP, Horgen)

betreffend Foodwaste verringern I

Der Regierungsrat wird eingeladen, ein Konzept zu erstellen zur Sicherstellung der Weiterverteilung von nicht mehr verkauf- jedoch noch geniessbaren Lebensmitteln aus Detailhandel und Gastronomie in allen Regionen des Kantons Zürich.

Kathy Steiner
Christa Stünzi

Begründung:

Die Ernährung macht mit knapp 30 % den grössten Anteil an allen konsum- und produktionsbedingten Umweltbelastungen der Schweiz aus. Es ist deshalb besonders störend, dass ein Drittel der produzierten Nahrungsmittel gar nie auf einem Teller landet (Umweltbericht 2018, Kanton Zürich).

In der Schweiz werden jährlich 2.6 Mio. Tonnen einwandfreie Lebensmittel vernichtet (BAFU). Andererseits leben gemäss Bundesamt für Statistik (BFS) 615'000 Menschen am oder unter dem Existenzminimum.

Verschiedene gemeinnützige Organisationen retten Lebensmittel vor der Vernichtung und verteilen sie armutsbetroffenen Menschen. Damit leisten sie einen sozial sinnvollen und ökologisch nachhaltigen Beitrag zum respektvollen Umgang mit Lebensmitteln. Es gelangt aber nur ein Teil der nicht mehr verkaufbaren, aber längst noch geniessbaren Lebensmittel vom Detailhandel und von der Gastronomie an eine Verteilorganisation. Und nur ein Bruchteil der bedürftigen Bevölkerung hat die Möglichkeit, auf diesem Weg an günstige Lebensmittel zu gelangen.

Der Regierungsrat begrüsst in seiner Antwort zu Anfrage KR-Nr. 98/2013, dass Detailhandelsbetriebe solche Lebensmittel karitativen Einrichtungen zwecks Weiterleitung an Bedürftige abgeben. Er lehnt jedoch eine gesetzliche Verpflichtung der Detailhandelsbetriebe zu einer Weitergabe von abgelaufenen Lebensmitteln ab und setzt auf positive Anreize.

Hier kann die öffentliche Hand eine aktive Rolle einnehmen. Die Weitergabe von nicht mehr verkaufbaren Lebensmitteln von Detailhandel und Gastronomie an gemeinnützige Organisationen könnte deutlich ausgeweitet werden, Angebot und Nachfrage sind vorhanden. Sensibilisierungskampagnen alleine reichen nicht aus. Der Regierungsrat wird aufgefordert aufzuzeigen, welche Rahmenbedingungen es braucht, damit in allen Regionen des Kantons Zürich eine Weiterverteilung stattfinden kann.

Diese Forderung basiert auf der Petition «Stopp Foodwaste» des Jugendparlamentes Zürich vom 24. März 2018.